Stand: 09.10.2026 18:58:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10079

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern (Kap. 06 05 Tit. 422 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10079 vom 25.02.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11326 des HA vom 10.03.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11687 vom 23.04.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 23.04.2026 (EPL 6)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 25.02.2026 **Drucksache** 19/**10079**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Arif Taşdelen, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern (Kap. 06 05 Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 06 05 (Finanzämter) wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2026 von 853.439,1 Tsd. Euro um 33.000,0 Tsd. Euro auf 886.439,1 Tsd. Euro und für das Jahr 2027 von 863.601,4 Tsd. Euro um 67.000,0 Tsd. Euro auf 930.601,4 Tsd. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden im Stellenplan der Finanzämter 1 000 zusätzliche Stellen in der 3. Qualifikationsebene finanziert. Die Stellen können ab 01. Juli 2026 besetzt werden. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Begründung:

Die geforderten 1 000 zusätzlichen Stellen werden geschaffen für die Betriebsprüfung, die Umsatzsteuersonderprüfung, die Steuerfahndung und den Innendienst. Gerade in Zeiten begrenzter Staatsfinanzen ist ein umfassender und gerechter Steuervollzug für eine Stärkung der staatlichen Einnahmen unverzichtbar. Deshalb ist eine personell gut ausgestattete Steuerverwaltung unerlässlich. In den Finanzämtern sollte der Personalkörper insgesamt gestärkt und der Stellenplan ausgeweitet werden.

Zum Stichtag 01. Januar 2025 verfügten die Finanzämter über 17 206 Stellen für planmäßige Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das Personal-Ist beträgt dagegen nur 15 103 Vollzeitkräfte. Über 2 100 Stellen sind somit nicht mit Arbeitskräften besetzt. Beispielsweise unterliegen 187 Stellen der Wiederbesetzungssperre.

Im Ländervergleich belegt Bayern bei der Personalausstattung in der Steuerverwaltung regelmäßig hintere Plätze und schneidet insgesamt schlecht ab:

– Personal zu Einwohnerzahl: 9. Platz
– Personal zu Einkommen-/Körperschaftsteuerfällen: 15. Platz
– Betriebsprüfer zu Zahl der Betriebe: 14. Platz
– Umsatzsteuersonderprüfer zu Unternehmen: 15. Platz

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Der Bedarf an weiteren Stellen ist also evident! Zusätzliche Steuerprüfer bringen ein durchschnittliches Mehrergebnis von deutlich über 1 Mio. Euro und somit ein Vielfaches der Personalkosten. Von den durch mehr Personal in den Finanzämtern in Bayern erzielten zusätzlichen Steuereinnahmen fließen rund 200 Mio. Euro im Jahr 2026 und rund. 450 Mio. Euro im Jahr 2027 in den bayerischen Staatshaushalt.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 10.03.2026 **Drucksache** 19/**11326**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Berichterstatter: **Patrick Grossmann**
Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 03 wird der Ansatz
   in 2026
   a) bei Tit. 686 03
      von 0,0 Tsd. €
      um 23,0 Tsd. €
      auf 23,0 Tsd. €
      erhöht sowie
   b) ein neuer Titel 686 04 „Aufarbeitung der Geschichte der Passionsspiele Oberammergau“ ausgebracht und mit 110,0 Tsd. Euro dotiert.
2. Bei Kap. 06 03 wird
   in 2026
   a) ein neuer Titel 686 05 (Jubiläum Kloster Roggenburg) ausgebracht und mit 50,0 Tsd. Euro dotiert,
   b) ein neuer Titel 883 01 „Zuweisung für Sonderinvestition an den Markt Allersberg“ ausgebracht und mit 50,0 Tsd. Euro dotiert und
   c) ein neuer Titel 893 02 „Energetische Sanierung Trachtenkulturzentrum“ ausgebracht und mit 40,0 Tsd. Euro dotiert.

   Des Weiteren sind die Mittel jeweils übertragbar.
3. Bei Kap. 06 04 werden die Ansätze
   in 2026
   a) bei Tit. 534 99
      von 0,0 Tsd. €
      um 250,0 Tsd. €
      auf 250,0 Tsd. €
      sowie
   b) bei Tit. 812 01
      von 283,3 Tsd. €
      um 500,0 Tsd. €
      auf 783,3 Tsd. €
      erhöht.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Bei Kap. 06 14 werden die Ansätze in 2026

   a) bei Tit. 812 01
   von 656,4 Tsd. €
   um 50,0 Tsd. €
   auf 706,4 Tsd. €
   sowie

   b) bei Tit. 812 35
   von 1.385,7 Tsd. €
   um 300,0 Tsd. €
   auf 1.685,7 Tsd. €
   erhöht.

5. Bei Kap. 06 16 werden die Ansätze in 2026

   a) bei Tit. 519 01
   von 17.200,0 Tsd. €
   um 50,0 Tsd. €
   auf 17.250,0 Tsd. €
   sowie

   b) bei Tit. 812 71
   von 644,4 Tsd. €
   um 50,0 Tsd. €
   auf 694,4 Tsd. €
   erhöht.

6. Bei Kap. 06 22 wird ein neuer Titel 686 02 „Zuschuss für die Unterstützung der Feldgeschworenenvereinigung Landkreis und Stadt Fürth bei Festakt“ ausgebracht und mit 5,0 Tsd. Euro dotiert.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 06 02, Kap. 06 04, Kap. 06 14 und der Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Aufarbeitung der Geschichte der Passionsspiele Oberammergau
   (Kap. 06 03 neuer Tit. 686 04)
   Drs. 19/10077

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
   Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Trainings- und Fitnessraum Polizei HföD
   (Kap. 06 14 Tit. 812 01)
   Drs. 19/10078

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Traditionstage
   (Kap. 06 03 Tit. 686 03)
   Drs. 19/10080

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Jubiläumsprojekt Kloster Roggenburg
   (Kap. 06 03 neuer Tit. 686 05)
   Drs. 19/10081

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: 500 Jahre Allersberger Flecklashexen
   (Kap. 06 03 neuer Tit. 883 01)
   Drs. 19/10082

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Bayerischer Trachtenverband - Trachtenkulturzentrum
   (Kap. 06 03 neuer Tit. 893 02)
   Drs. 19/10083

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Finanzämter und Landesamt für Steuern, KI-basierte Live-Übersetzung
   (Kap. 06 04 Tit. 534 99)
   Drs. 19/10084

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Landesamt für Steuern - Zivile Verteidigung
   (Kap. 06 04 Tit. 812 01)
   Drs. 19/10085

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU),
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern - Medienausstattung und Hörsaalinfrastruktur, EDUTIEK-E-Klausur, Resilienz Netzwerkinfrastruktur
   (Kap. 06 14 Tit. 812 35)
   Drs. 19/10086

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
    Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Würzburger Residenz - Toscanasaal
    (Kap. 06 16 Tit. 519 01)
    Drs. 19/10087

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
    Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Residenz München - WLAN
    (Kap. 06 16 Tit. 812 71)
    Drs. 19/10088

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
    Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: 600 Jahre Feldgeschworene in Langenzenn und zehn Jahre Immaterielles Kulturerbe
    (Kap. 06 22 neuer Tit. 686 02)
    Drs. 19/10366

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Förderung von Voucher-Lösungen für den Glasfaseranschluss
   (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 19/10073

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kein Stellenabbau bei den Finanzgerichten
   (Kap. 06 13 Tit. 422 01)
   Drs. 19/10074

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Studie nach dänischem Vorbild: Evidenzbasierte Zuwanderungs- und Fiskalstudie für Bayern einschließlich MENAPT-Auswertung
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/10075

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Studie zur Christenverfolgung im Mittleren Osten und in Afrika sowie deren Auswirkungen auf Bayern
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/10076

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
   (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/10079

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 85. Sitzung am 10. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 3 zu 14/15/18/19-H 1108.10-1/66

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2026/2027

zum

Entwurf des Einzelplans 06

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
und für Heimat

06 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Titel FKZ		A/B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A/B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen						
129 06-3 061	Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom	A		91,5	A		91,5
		B	+91,5		B	+91,5	
	Gesamteinnahmen	A	114,8	206,3	A	117,4	208,9
		B	+91,5		B	+91,5	
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A	0,0	91,5	A	0,0	91,5
		B	+91,5		B	+91,5	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	114,8	114,8	A	117,4	117,4
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	114,8	206,3	A	117,4	208,9
		B	+91,5		B	+91,5	
	Personalausgaben	A	958.292,0	958.292,0	A	1.025.159,4	1.025.159,4
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	6.219,9	6.219,9	A	6.219,9	6.219,9
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	2.344,3	2.344,3	A	1.460,0	1.460,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	20,0	20,0	A	20,0	20,0
		B	-		B	-	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	-46.789,1	-46.789,1	A	-45.621,8	-45.621,8
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	920.087,1	920.087,1	A	987.237,5	987.237,5
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	919.972,3	919.880,8	A	987.120,1	987.028,6
	Überschuss	B	91,5		B	91,5	

Erläuterungen

Zu 06 02/129 06
Der Titel dient dem Nachweis von Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom (Wegfall der Ermächtigung zur Möglichkeit kostenfreien Ladens von Elektro- und Hybridfahrzeugen durch Beschäftigte und Besucher staatlicher Dienststellen ab 2026).

06 04 Bayerisches Landesamt für Steuern

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen						
124 01-9 061	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung *Beim Ansatz wurde berücksichtigt, dass als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 BayHO die Nutzung des Quellcodes der Steuerverwaltung als Open-Source-Software unentgeltlich überlassen werden kann.*	A B	60,0	60,0	A B	60,0	60,0
	Gesamteinnahmen	A B	124.080,6 -	124.080,6	A B	124.194,9 -	124.194,9
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	99 Kosten der Datenverarbeitung *Vermerk unverändert.*						
632 99-7 061	Erstattungen zur Finanzierung des Projekt KONSENS *Vermerk unverändert.* *Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €* *270.968,7* *Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2026 in Höhe von 270.968,7 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren* *2027 Tsd. €* *63.481,9* *2028 Tsd. €* *68.436,4* *2029 Tsd. €* *67.110,7* *2030 Tsd. €* *71.939,7*	A B	- - -	- - -	A B	- - -	- - -
	Summe der Titelgruppe	A B	120.990,9 -	120.990,9	A B	111.450,9 -	111.450,9
	Gesamtausgaben	A B	384.841,2 -	384.841,2	A B	387.640,9 -	387.640,9

Erläuterungen

Zu 06 04/124 01
Der Haushaltsvermerk dient zur rechtlichen Absicherung der unentgeltlichen Nutzungsüberlassung des Quellcodes der von der Bayerischen Steuerverwaltung (LfSt) beauftragten Weiterentwicklungen der Low Code Plattform A12 an das zukünftige Open Source Produkt. Die Open-Source-Stellung dient insbesondere der Erhöhung von Sicherheit, Qualität und digitaler Souveränität. Gleichzeitig wird von Innovationen, Verbesserungen, Fehlerbehebungen und Sicherheitsupdates profitiert. Zudem werden langfristige Pflege- und Weiterentwicklungskosten gegenüber einem eigenem Codestrang reduziert.

Zu 06 04/632 99
Für die Umsetzung des Meldesystems für grenzüberschreitende Umsätze im Gesamtvorhaben KONSENS - Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung - ist die Erhöhung der ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung erforderlich.

06 04 Bayerisches Landesamt für Steuern

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A	418,0	418,0	A	418,0	418,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	123.662,6	123.662,6	A	123.776,9	123.776,9
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	124.080,6	124.080,6	A	124.194,9	124.194,9
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	143.366,4	143.366,4	A	154.661,1	154.661,1
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	209.996,3	209.996,3	A	201.501,3	201.501,3
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	33,0	33,0	A	33,0	33,0
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	700,0	700,0	A	700,0	700,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	30.745,5	30.745,5	A	30.745,5	30.745,5
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	384.841,2	384.841,2	A	387.640,9	387.640,9
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	260.760,6	260.760,6	A	263.446,0	263.446,0

06 14 Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
526 11-0 133	Ausgaben für Sachverständige *Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € 5.000,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	 +1.000,0	1.000,0	A B	 +1.000,0	1.000,0
	Baumaßnahmen						
710 00-9 133	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) *Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € 1.000,0* *Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € 9.000,0* *Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.*	A B	12.200,0 -1.000,0	11.200,0	A B	12.200,0 -1.000,0	11.200,0
	Gesamtausgaben	A B	69.258,9 -	69.258,9	A B	69.724,8 -	69.724,8
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A B	547,0 -	547,0	A B	547,0 -	547,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	9.439,1 -	9.439,1	A B	9.514,1 -	9.514,1
	Gesamteinnahmen	A B	9.986,1 -	9.986,1	A B	10.061,1 -	10.061,1
	Personalausgaben	A B	31.853,0 -	31.853,0	A B	32.301,9 -	32.301,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	22.047,3 +1.000,0	23.047,3	A B	22.064,3 +1.000,0	23.064,3
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	166,5 -	166,5	A B	166,5 -	166,5
	Baumaßnahmen	A B	13.120,0 -1.000,0	12.120,0	A B	13.120,0 -1.000,0	12.120,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	2.072,1 -	2.072,1	A B	2.072,1 -	2.072,1
	Gesamtausgaben	A B	69.258,9 -	69.258,9	A B	69.724,8 -	69.724,8
	Zuschuss	A	59.272,8	59.272,8	A	59.663,7	59.663,7

Erläuterungen

Zu 06 14/526 11
Der Fachbereich Finanzwesen soll von Herrsching nach Kronach verlagert werden. Hierzu wird eine Anmietung geprüft. Vor Umsetzung der Anmietung sollen Beratungs- und Planungsleistungen vergeben werden.

Epl. 06 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Titel FKZ		A/B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A/B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 06						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A	477.431,1	477.522,6	A	482.590,5	482.682,0
		B	+91,5		B	+91,5	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	195.957,4	195.957,4	A	193.509,9	193.509,9
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	2.238,4	2.238,4	A	2.238,4	2.238,4
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	675.626,9	675.718,4	A	678.338,8	678.430,3
		B	+91,5		B	+91,5	
	Personalausgaben	A	2.618.208,2	2.618.208,2	A	2.717.249,3	2.717.249,3
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	573.676,7	574.676,7	A	561.187,2	562.187,2
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *146.594,7*	B	+1.000,0		B	+1.000,0	
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *85.161,8*						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	30.273,2	30.273,2	A	27.482,2	27.482,2
		B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *277.595,4*						
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *6.366,7*						
	Baumaßnahmen	A	103.105,8	102.105,8	A	101.936,5	100.936,5
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *94.035,0*	B	-1.000,0		B	-1.000,0	
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *72.050,0*						
	Sonstige Sachinvestitionen	A	124.940,8	124.940,8	A	131.740,8	131.740,8
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *240.803,6*	B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *132.130,9*						
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	237.043,5	237.043,5	A	236.991,2	236.991,2
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *450.840,0*	B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *450.830,0*						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	-46.789,1	-46.789,1	A	-45.621,8	-45.621,8
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	3.640.459,1	3.640.459,1	A	3.730.965,4	3.730.965,4
		B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *1.209.868,7*						
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *746.539,4*						
	Zuschuss	A	2.964.832,2	2.964.740,7	A	3.052.626,6	3.052.535,1
	Überschuss	B	91,5		B	91,5	

Bayerischer Landtag
default. Wahlperiode
Drucksache default/**default**
default

Anlage S

Sonderausweis

der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall

für den Bereich des

Epl. 06

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Epl. 06
Anlage S

Titel FKZ		A/B	Bisheriger Betrag 2026 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A/B	Bisheriger Betrag 2027 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
06 14	**Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern**						
715 30-8 133	Baumaßnahmen zur Unterbringung einer Finanzfachhochschule Nord in Kronach (Fachbereich Finanzwesen)	A	1.000,0	- - -	A	1.000,0	- - -
		B	-1.000,0		B	-1.000,0	
	Summe Kapitel 06 14	A	12.200,0	11.200,0	A	12.200,0	11.200,0
		B	-1.000,0		B	-1.000,0	
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *1.000,0*						
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *9.000,0*						
	Summe Epl. 06	A	80.000,0	79.000,0	A	80.000,0	79.000,0
		B	-1.000,0		B	-1.000,0	
	Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € *83.300,0*						
	Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € *61.500,0*						

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamt-kosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
24.01.2018 29.03.2019	65.500,0	7.533,8	-	Eine staatliche Hochbaumaßnahme ist derzeit nicht vorgesehen. Der Vortrag dient der Abwicklung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 23.04.2026 **Drucksache** 19/**11687**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 06 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Förderung von Voucher-Lösungen für den Glasfaseranschluss (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 19/10073, 19/11326

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kein Stellenabbau bei den Finanzgerichten (Kap. 06 13 Tit. 422 01)
   Drs. 19/10074, 19/11326

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Studie nach dänischem Vorbild: Evidenzbasierte Zuwanderungs- und Fiskalstudie für Bayern einschließlich MENAPT-Auswertung (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/10075, 19/11326

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Studie zur Christenverfolgung im Mittleren Osten und in Afrika sowie deren Auswirkungen auf Bayern (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/10076, 19/11326

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/10079, 19/11326

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Patrick Grossmann
Abg. Johann Müller
Abg. Josef Lausch
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Martin Böhm
Abg. Tim Pargent
Abg. Michael Hofmann
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Alfred Grob
Abg. Stefan Frühbeißer
Staatsminister Albert Füracker

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2026/2027

Einzelplan 06

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10073 und 19/10074)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10075 und 19/10076)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/10077 und 19/10078)
Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 19/10079)
Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/10080 mit 19/10088 und 19/10366)

Es wurde eine Gesamtredezeit von 45 Minuten vereinbart. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion namentliche Abstimmung zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 19/10075 beantragt hat. Ich weise Sie auch heute noch einmal darauf hin, Ihre Karte bei sich zu haben. Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 19/10079 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne damit die Aussprache. Als Erster hat für die CSU-Fraktion der Kollege Patrick Grossmann das Wort.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute Morgen den Etat des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. Das nehme ich gleich zu Beginn zum Anlass sowohl allen Steuerzahlern, aber auch allen Beschäftigten in der Finanzverwaltung sowie der Spitze des Hauses mit Albert Füracker als zuständigem Finanzminister zu danken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie tragen nicht nur Verantwortung für den Etat des Finanzministeriums mit einem Gesamtvolumen von 3,6 Milliarden Euro, sondern letztendlich die Gesamtverantwortung für einen gerechten Steuervollzug sowie für die richtige Verwendung unserer Steuereinnahmen zur Sicherung der staatlichen Handlungsfähigkeit hier im Freistaat Bayern.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir sind uns alle darüber bewusst, dass wir keine einfachen Zeiten erleben. Bei unserem Motto "Investieren, Konsolidieren, Reformieren" handelt es sich nicht um ein Feigenblatt. Deshalb müssen wir auch unseren Beamten mit der verzögerten Übernahme des Tarifabschlusses erst im Oktober dieses Jahres einiges abverlangen. Aus Oppositionssicht ist es ein Leichtes, diese Entscheidung zu kritisieren. Wer aber auf der einen Seite eine Bürgerversicherung bei der Krankenversicherung fordert oder die Beamtenpension infrage stellt, der zeigt zwei Gesichter. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der spielt ein falsches Spiel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir als CSU zeigen den Beschäftigten des Freistaates und in diesem Fall den über 30.000 Beschäftigten des Heimat- und Finanzministeriums Wertschätzung, indem wir klar zu den Vorteilen des Beamtentums und des öffentlichen Dienstes stehen. Aber wir müssen etwas dafür tun, um dauerhaft ein guter Arbeitgeber zu bleiben.

Deshalb setzen wir mit diesem Doppelhaushalt noch stärker auf Digitalisierung, um Arbeitsabläufe weiter zu erleichtern. Das Finanzministerium hat in den letzten zwanzig Jahren dazu bereits sehr gute Grundlagen geschaffen. Bereits letztes Jahr habe ich davon gesprochen, dass das Finanzministerium das heimliche Digitalministerium ist. Lieber Herr Kollege Pohl, das habe ich nicht gesagt, um irgendwelche Konflikte anzufangen, sondern weil aus dem zugehörigen IT-Dienstleistungszentrum die Software

für sämtliche Ministerien im Freistaat Bayern zur Verfügung gestellt wird. IT-Programme aus Bayern wie ELSTER, die in Bayern gehostet werden, laufen deutschlandweit vorbildlich.

Aber wir wollen auch in anderen Bereichen noch besser werden. Deshalb sind die EDV-Ausgaben ein Schwerpunkt unseres Doppelhaushalts. Für den weiteren Ausbau und den Unterhalt der IT-Infrastruktur stellen wir deshalb jährlich über 400 Millionen Euro zur Verfügung. Damit sorgen wir für einen zukunftssicheren Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur, für die Strukturoptimierung unserer Finanzämter im Projekt IKONOS und für die Modernisierung der Netzwerkinfrastruktur mit NEPTUN.

Wir verbessern damit die Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmer und für alle freien Berufe. Wir sorgen für schnellere, nutzungsfreundlichere Prozesse. Wir erhöhen die Quote elektronisch eingereichter Steuererklärungen und entlasten damit Menschen und Verwaltung gleichermaßen.

Investitionen in Digitalisierung müssen aber auch dazu führen, dass Arbeitsabläufe optimiert und langfristig Personal eingespart werden kann, und zwar in allen Ministerien. Wir wollen nicht, dass weniger Polizisten auf unseren Straßen unterwegs sind oder weniger Lehrer an unseren Schulen unterrichten. Aber in den Verwaltungen müssen alle Bereiche gleichermaßen sparen, auch beim Personal. Deshalb erklären wir dem Antrag der SPD, der einen Stellenaufwuchs mit 1.000 zusätzlichen Stellen in der Finanzverwaltung fordert, eine klare Absage, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber die Digitalisierung endet nicht an der Tür der Finanzämter, sondern sie beginnt bei der Netzinfrastruktur vor Ort in Bayern. Für die Breitbandförderung und die Umsetzung der Bayerischen Gigabit-Richtlinie stellen wir im Rahmen des Doppelhaushalts deshalb inklusive der Verpflichtungsermächtigungen insgesamt 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Wir sorgen somit dafür, dass der Glasfaserausbau in Bayern weiter umgesetzt wird. Seit dem Jahr 2014 investieren Freistaat, Bund und Kommunen über

4 Milliarden Euro in den Glasfaserausbau in den unterversorgten Gebieten. Der Löwenanteil mit über 2,7 Milliarden Euro kommt alleine vom Freistaat Bayern.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Bilanz kann sich sehen lassen. Über 99,5 % aller bayerischen Haushalte sind mit schnellem Internet mit mindestens 30 Mbit/s versorgt. Drei Viertel aller Haushalte sind bereits gigabitfähig erschlossen. Wenn alle Programme abgeschlossen sind, werden es sogar über 83 % sein.

(Beifall bei der CSU)

Das bedeutet, dass wir auch für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land sorgen. Handwerksbetriebe, junge Start-up-Gründer, die Menschen im ländlichen Raum werden nicht abgehängt. Damit das so bleibt, setzt die Bayerische Staatsregierung die Heimatstrategie mit Behördenverlagerungen, derzeit beispielsweise nach Weiden oder Dinkelsbühl, fort. Zudem investieren wir neben vielen anderen Maßnahmen in Bayern in unsere Kulturgüter, beispielsweise in das neue Museum für Franken oder die Generalsanierung der Festung Marienberg in Würzburg.

Wir als CSU stehen zu einem handlungsfähigen Staat, zu einer starken Heimat und zu einer soliden Finanzpolitik. Genau dafür steht der vorliegende Etat. Wer möchte, dass Bayern auch in zehn und in zwanzig Jahren an der Spitze steht, der muss heute die richtigen Schwerpunkte setzen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Etat des Ministeriums der Finanzen und für Heimat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die Fraktion der AfD der Kollege Johann Müller.

(Beifall bei der AfD)

Johann Müller (AfD): Frau Präsidentin, Damen und Herren Abgeordnete! Eingangs möchte ich das Verhalten und den Umgang im Haushalts- und Finanzausschuss be-

leuchten. Ich kritisiere sehr stark die Zusammenarbeit der einzelnen Fraktionen. Gute Anträge von der AfD werden kontinuierlich abgelehnt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Es gab keine guten Anträge! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Nennen Sie mir drei Beispiele für gute Anträge!)

Die Anträge wurden aus ideologischen Gründen abgelehnt, weil man der AfD keine Vorteile einräumen möchte.Im Gegensatz dazu ist die AfD jederzeit bereit, Anträgen der anderen Fraktionen zuzustimmen, wenn diese Anträge für unser Land und für unsere Bürger richtig sind.

(Beifall bei der AfD)

Der Einzelplan 06 ist ein großer und zugleich aufschlussreicher Einzelplan. Er umfasst im Jahr 2026 rund 3,6 Milliarden Euro und im Jahr 2027 rund 3,7 Milliarden Euro. Schon der Umfang zeigt: Hier geht es nicht um einen Randbereich des Staates, sondern um den Kern staatlichen Handelns. In diesem Einzelplan finden wir sehr unterschiedliche Aufgaben: die Steuerverwaltung, die staatliche Finanzverwaltung, Personalverwaltung, Breitband und Digitalisierung, Vermessung, IT-Sicherheit, Rechenzentren und eben auch der Bereich Heimat.

Genau da beginnt das Nachdenken; denn wenn man sich diesen Einzelplan näher ansieht, drängt sich eine Frage auf: Warum trägt dieses Haus eigentlich immer noch den Namen "Finanzen und Heimat", wenn der Bereich Heimat im Haushaltsplan immer weiter schrumpft?

Schauen wir zunächst auf die tatsächliche Gewichtung. Der größte Block ist die Steuerverwaltung. Dafür sind in beiden Jahren jeweils rund 1,6 Milliarden Euro vorgesehen. Ein weiterer großer Bereich ist die digitale Erschließung, die Kommunikationsinfrastruktur, IT-Sicherheit und Vermessung. Dafür stehen jeweils rund 640 Millionen Euro im Haushalt. Die Staatsfinanzverwaltung liegt bei rund 345 Millionen Euro, die

Hochschule für den öffentlichen Dienst liegt bei knapp 70 Millionen Euro. Das alles sind große klassische, harte Verwaltungsbereiche.

Dann kommt am Ende der Heimatbereich. Für Heimat, regionale Identität und Heimatpflege standen 2025 noch gut 13 Millionen Euro im Plan, 2026 sind es nur noch rund 11 Millionen Euro und 2027 nur noch rund 10 Millionen Euro. Das ist doch der eigentliche Befund. Heimat steht noch im Titel des Ministeriums, aber im Haushalt wird Heimat immer kleiner.

Man muss sich die Relation einmal klarmachen. Für die Förderung von Breitband und freiem WLAN sind in beiden Jahren jeweils rund 236 Millionen Euro vorgesehen, für den gesamten Bereich Heimat, regionale Identität und Heimatpflege liegt man zusammen nur bei rund 11 Millionen Euro im ersten und rund 10 Millionen Euro im zweiten Jahr.

Niemand bestreitet, dass Breitband wichtig ist; niemand bestreitet, dass Digitalisierung wichtig ist. Wenn aber ein Ministerium ausdrücklich "für Heimat" heißt, darf man schon erwarten, dass sich das auch im Haushalt sichtbar niederschlägt. Genau das ist immer weniger der Fall.

Das Vorwort dieses Einzelplans sagt ausdrücklich, dass zu den Aufgaben des Hauses auch Heimat, regionale Identität und Heimatpflege gehören. Gleichzeitig lesen wir dort, dass es gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen organisatorischen Veränderungen gegeben hat. Auch das ist aufschlussreich; denn wenn sich organisatorisch nichts Wesentliches ändert, finanziell aber ausgerechnet der Bereich Heimat Jahr für Jahr weiter sinkt, muss man sich schon fragen: Ist Heimat hier noch ein echter politischer Schwerpunkt oder ist Heimat nur noch ein schöner Begriff im Ministeriumsnamen?

Das ist keine polemische Frage – das ist eine ganz nüchterne Frage zum Haushalt; denn ein Haushalt zeigt politische Prioritäten: nicht durch Überschriften, nicht durch Pressemitteilungen, nicht durch symbolische Selbstdarstellung, sondern durch Zahlen.

Diese Zahlen sagen hier deutlich: Dieses Ministerium ist heute vor allem ein Ministerium für Steuerverwaltung, für Finanzverwaltung und für Digitalisierung, Vermessung, Rechenzentren und für den inneren Maschinenraum des Staates. Auch das ist legitim; auch das ist wichtig. Dann sollte man das aber auch ehrlich aussprechen.

(Tim Pargent (GRÜNE): Was wollen Sie uns eigentlich sagen?)

So wie es jetzt ist, entsteht nämlich ein Widerspruch. Im Titel des Hauses wird Heimat prominent geführt; im Haushalt spielt Heimat nur noch eine Nebenrolle. Genau diesen Widerspruch sollte die Staatsregierung auflösen. Es gibt doch nur zwei saubere Möglichkeiten: Entweder sagt man, Heimat ist weiterhin ein echter Schwerpunkt dieses Hauses – dann muss man das aber auch im Haushaltsplan sehen –, oder man sagt, der eigentliche Schwerpunkt liegt längst woanders – dann sollte man aufhören, so zu tun, als sei Heimat hier noch gleichrangig. Alles andere wirkt nicht ganz überzeugend.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt. Wenn Heimat in Bayern politisch ernst genommen werden soll, dann darf Heimat nicht zu einem bloßen Sammelbegriff werden. Heimat ist nicht nur Folklore, ist nicht nur Etikett; Heimat ist nicht nur ein sympathisches Wort im Briefkopf. Es geht um kulturelle Verwurzelung, gleichwertige Lebensverhältnisse, Verbundenheit mit dem ländlichen Raum und auch um die Frage, ob der Staat die Eigenart seiner Landesteile tatsächlich ernst nimmt. Gerade deshalb wirkt es seltsam, wenn der Heimatbereich haushalterisch immer weiter abschmilzt.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Einzelplan 06 ist in seiner Struktur klar: große Mittel für die Steuerverwaltung, große Mittel für die Digitalisierung, große Mittel für die staatliche Infrastruktur im Inneren und daneben ein Heimatbereich, der im Vergleich klein ist und kleiner wird. Das kann man machen, aber dann sollte man das auch klar benennen; denn ein Haushalt muss nicht nur rechnerisch stimmig sein, er muss auch politisch ehrlich sein.

Deshalb bleibt für mich am Ende die einfache Frage: Wenn die Ausgaben für Heimat immer weiter sinken, warum trägt dann eigentlich dieses Ministerium die Heimat im Namen?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Und inhaltliche Vorschläge?)

Diese Frage sollte die Staatsregierung beantworten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung. Der Kollege Sepp Lausch hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Müller, ich möchte mich bei Ihnen herzlich für Ihren absolut engagierten, temperamentvollen und rhetorisch brillanten Beitrag bedanken. – Was wahr ist, darf man sagen, liebe Kollegen von rechts außen. Allein schon aufgrund Ihres Parteinamens ist mir klar, dass Sie niemals eine Alternative für Bayern sein können, sondern nur für Deutschland.

Wie kommen Sie zu der Behauptung, dass das bayerische Finanz- und Heimatministerium Brauchtum und Heimat nicht fördert? Mir ist kein einziger Antrag der AfD zum Thema Heimat bekannt.

Ist Ihnen denn bekannt, dass wir die Trachtenvereine, den Bayerischen Trachtenverband, zum Beispiel im Landkreis München den Trachtenverein Großhelfendorf, mit wirklich nennenswerten Summen fördern? Ich frage Sie: Wissen Sie überhaupt, wo das Trachtenkulturzentrum des Bayerischen Trachtenverbandes seinen Sitz hat und mit welchen Summen der bayerische Staat die Trachtenbewegung, die Trachtler, die Heimatpfleger unterstützt hat? – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege.

Johann Müller (AfD): Nein, das weiß ich nicht. Ich weiß aber, dass Ihre Fraktion und auch die CSU und die AfD immer für Heimatverbundenheit stehen. Ich weiß, dass Sie Anträge gestellt haben. Sie wissen anscheinend nicht, dass auch wir Anträge gestellt haben. – Danke.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Welche denn? – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Nichts habt ihr gemacht! Nur Propaganda!)

Präsidentin Ilse Aigner: Es sei mir erlaubt, an dieser Stelle meine Besuchergruppe des Oberlandler Gauverbandes zu begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Das Trachtenkulturzentrum steht in Holzhausen. – Kollege Pohl hat als Nächster das Wort für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Begrüßung hat mir jetzt die Präsidentin vorweggenommen. Sehr geehrter Herr Kollege Müller, Sie beklagen sich darüber, dass wir Ihre Anträge aus ideologischen Gründen ablehnen. Stimmt, ja, das ist so, aber wir haben eben einen anderen Wertekompass als Sie. Deswegen ist es nur konsequent, dass wir Ihre Anträge ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Wir stehen zur Westbindung, wir stehen zur NATO, wir sind nicht die fünfte Kolonne Moskaus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Auch eine Bemerkung zum Kollegen Grossmann, der sich jetzt leider da hinten versteckt hat, aber er hört es trotzdem: Ich höre, dass das Finanzministerium das heimliche Digitalministerium ist. Lieber Albert Füracker, weder ist das Finanzministerium das heimliche Digitalministerium noch ist das Digitalministerium das heimliche Finanzmi-

nisterium. Wir sind eine Koalition der Transparenz. Wo es Schnittstellen gibt, werden diese im Ministerrat sachgerecht aufgelöst. So arbeitet diese Koalition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich möchte mich auf drei Punkte beschränken. Ich darf wiederholen, was Kollege Grossmann gesagt hat: ein Dank an alle Menschen im Freistaat, die Steuern zahlen und uns die Grundlage dafür geben, dass wir für die Menschen in Bayern sinnvoll Heimat gestalten, und das tun wir.

Auch ein Dank an die Finanzverwaltung, die hocheffektiv und wirklich hervorragend arbeitet. Ehrlicherweise muss man sagen, lieber Kollege Zellmeier: Wir haben im Haushaltsausschuss viele Petitionen. Die allermeisten Petitionen geben uns einen klaren Einblick darüber, dass die Finanzverwaltung in Bayern ganz überwiegend hervorragend funktioniert.

Wenn vonseiten der SPD und der GRÜNEN immer mehr Betriebsprüfer, immer mehr Finanzbeamte gefordert werden, sage ich Ihnen: Zum einen erkenne ich darin einen latenten Vorwurf an die Menschen in Bayern, dass sie nicht steuerehrlich sind. Zum anderen gibt es einen Grenznutzen. Irgendwann ist dieser Grenznutzen erreicht. Das heißt, durch mehr Personal erhöhen Sie die Kosten, ohne dass Sie die Einnahmen merklich erhöhen. Das ist eine Rechnung, die nicht aufgehen kann.

Ich möchte hier aber noch einen Punkt betonen, der wahrscheinlich in der Debatte gar nicht so aufschlägt, aber ganz maßgeblich ist. Das Finanzministerium, sehr geehrter Herr Staatsminister, ist auch für die Beteiligungen zuständig. Als wir beide 2008 in den Bayerischen Landtag kamen, hat der Freistaat buchstäblich an der Wand gestanden wegen der BayernLB, der Subprimes, Hypo Alpe Adria. Wir haben 10 Milliarden Euro zur Rettung der BayernLB aufnehmen müssen plus Garantien. Wir haben das – das muss ich schon sagen: zunächst einmal das Parlament, aber auch Sie als Finanzminister und Ihr Vorgänger Markus Söder – hervorragend gelöst. Die BayernLB ist keine Kummerbank, sondern jetzt eine Freude für uns, eine Beteiligung, die uns Freude

macht. Früher hat man immer gesagt: Das Hofbräuhaus und der Staatliche Hofkeller machen uns Freude. Heute kann man sagen: auch die BayernLB. Das ist auch Ihr Verdienst, das ist auch unser Verdienst. Das meine ich parteiübergreifend; damals hat sich auch die Opposition durchaus verdient gemacht.

Das ist die Grundlage dafür, dass wir in Bayern einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen können und damit auch für die Zukunft handlungsfähig sind. Dieser Haushalt, auch der Haushalt des Finanzministers, verdient unsere uneingeschränkte Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Kollege Martin Böhm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Böhm (AfD): Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kollege Pohl! Jetzt muss ich doch dem Kollegen meiner Fraktion einmal zur Seite springen.

(Michael Hofmann (CSU): Ja, das glaube ich!)

Das Wort "Heimat" im Finanzministerium zu verorten, ist suboptimal. Denkt man doch einmal an solche Sachen wie das LEADER-Programm, denkt man an die zweite Säule der GAP. Da kommen die Mittel her, die eigentlich in unsere Heimat fließen.

Es wäre also wesentlich sinnvoller, das Finanzministerium als Finanzministerium zu belassen und die wirkliche Förderung der Heimat einem anderen Ministerium zuzuordnen,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Dem Umweltministerium!)

zum Beispiel dem Landwirtschaftsministerium, wo das dem ländlichen Raum entsprechend wesentlich besser aufgehoben wäre.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Pohl, bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Böhm, als Jurist sage ich Ihnen: Wenn wir nicht mehr über Inhalte, sondern nur noch über Formalien und Zuständigkeiten streiten, kann es uns nicht schlecht gehen. Selbstverständlich ist das, was mit dem Begriff "Heimat" verbunden ist, eine Querschnittaufgabe, die sich in vielen anderen Ministerien findet. Ich habe gestern bei dem Haushalt des Kollegen Bernreiter gesagt: Selbstverständlich ist auch unser Einsatz für die Straßen, Staatsstraßen beispielsweise, ein Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in unseren Heimatregionen. Selbstverständlich ist – wir werden den Haushalt von Michaela Kaniber heute beraten – auch die Entwicklung von Dorfzentren ein Thema, das mit Heimat zu tun hat. In Kunst und Kultur ist auch Heimat, aber irgendwo muss ich es halt andocken. Ich denke, es ist bei Staatsminister Füracker gut aufgehoben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Staatsminister Albert Füracker: Bestens! – Abgeordneter Roland Weigert (FREIE WÄHLER) meldet sich zu einer Zwischenbemerkung)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gab noch eine zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung, aber sie kam zu spät.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Kein Problem, aber gut.

Präsidentin Ilse Aigner: Wenn aus der eigenen Fraktion jemand fragt – – Ihr könnt es ja bilateral ausmachen. – Als Nächster spricht Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir starten in diesen dritten, den finalen Tag der Haushaltsberatungen – und das völlig zu Recht – mit dem Einzelplan des Finanzministeriums. Was im Bereich unserer Steuer- und Finanzverwaltung geleistet wird, ist letztlich das Rückgrat unseres Haushalts, weil hier die Einnahmen unserer Finanzämter veranschlagt werden, weil

viele Ausgaben organisiert werden, aber auch, weil sich unsere Finanz- und vor allem unsere Steuerverwaltung den Steuerdelikten im Land annimmt, für Fairness gegenüber den vielen ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sorgt und die schwarzen Schafe zur Not auch ins Visier nehmen kann.

Das ist wichtig und richtig. Deshalb möchte ich an dieser Stelle ein riesiges Dankeschön sagen; denn ohne unsere überaus leistungsfähige Steuer- und Finanzverwaltung hätten wir die letzten beiden Tage ganz anders diskutiert, ganz anders diskutieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Lob für die Finanzverwaltung gehört aber im gleichen Atemzug auch der Dank an unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das gute Zusammenspiel aus leistungsfähigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und unserer Verwaltung ermöglicht uns erst, diese Haushaltsberatungen so zu führen, wie wir sie führen.

Jetzt höre ich heute mal wieder relativ viel Lob für die Leistung der Finanzverwaltung. Der Blick in den Haushalt zeigt aber rein gar nichts, um diese Leistung auch wirklich anzuerkennen. Ich stelle nach den bisherigen Wortmeldungen fest, dass sich CSU und FREIE WÄHLER nicht einmal mehr die Mühe machen, diese Mängel zu kaschieren. Der Kollege von der CSU wirft eine bundespolitische Nebelkerze, irgendetwas mit Bürgerversicherung. Kollege Pohl spricht noch von 2008 und der BayernLB. Es wäre schon wichtig, dass wir uns dieser großen Verwaltung so annehmen, wie das nötig ist.

Wenn ich in den Haushalt schaue, kommt mir ein Spruch von Konfuzius in den Sinn: "Der Edle leidet an seinen Mängeln, nicht an mangelnder Anerkennung." – Das trifft auch auf unsere Verwaltung zu. Viel Lob von den Regierungsfraktionen, aber keine echte Entlastung, stattdessen reichlich Mängel. Den extremen Aufgabenzuwächsen in den letzten 15, 20 Jahren standen keine entsprechenden Personalzuwächse gegenüber. Sie lassen unsere Steuerverwaltung quasi in Arbeit absaufen und können froh

sein, dass die Digitalisierung das Gröbste auffängt. Die Fallzahlen sind durch die Decke gegangen, Sie haben tatenlos zugeschaut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt kommt dieser Haushalt. Da nehmen Sie unsere Finanzverwaltung, unsere Steuerverwaltung auch nicht vom pauschalen Stellenabbau oder von der irrsinnigen Wiederbesetzungssperre aus.

Auch im Vergleich der Bundesländer ist die Personaldecke der bayerischen Finanzämter unterirdisch. Das zeigt sich bei den Vergleichsrankings der Länder, was dankenswerterweise auf eine Anfrage der SPD ans Licht kam. Im Verhältnis Personal zu Einkommen- und Körperschaftsteuerfällen liegt der Freistaat auf Platz 15 der 16 Länder, im Verhältnis Betriebsprüfer zur Zahl der Betriebe auf Platz 14, und beim Verhältnis von Umsatzsteuerprüfern zu Unternehmen wieder auf Platz 15. Ihre Personalausstattung ist auf den Abstiegsrängen. Was ist Ihre Ausrede? – Ja, die Einnahmen sind so hoch. Unsere Beamten nehmen pro Kopf so viel Geld ein. – Ich sage Ihnen: Das haben Sie den vielen ehrlichen Steuerzahlern zu verdanken.Sie kommen mir vor wie ein Bundesligist, der auf dem Abstiegsplatz steht, und der Trainer sagt zur Ausrede: Ja, wir schießen ja noch reichlich Tore.

(Michael Hofmann (CSU): Der steht in Bayern nicht auf dem Abstiegsplatz!)

– Ich habe ja gerade erklärt, warum wir auf den Abstiegsrängen stehen. Dass Sie auf diesen Abstiegsrängen stehen, liegt auch daran, dass Sie mit acht Spielern gegen elf auf dem Platz stehen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Sie haben keinen Torwart, keinen Innenverteidiger, Sie spielen mit acht gegen elf. So kann man Tore schießen, aber so kann man kein Turnier gewinnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss sich dringend ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Manche schauen halt die Tabelle von unten an!)

Warum ist das so gefährlich, wenn Sie mit zu wenig Spielern auf dem Platz stehen? – Weil sich alle verbliebenen Spieler komplett aufarbeiten. Das sind die leistungsbereiten Beamtinnen und Beamten. Die gehen auf dem Zahnfleisch, weil sie einspringen, weil sie aushelfen, weil sie sich nicht wegducken. Genau diese richtig guten Leute leiden am meisten unter Ihrer schwachen Personalpolitik. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn diejenigen irgendwann sagen: Ich habe die Schnauze voll, ich gehe in die Privatwirtschaft. Dort verdiene ich eh das Doppelte.

Dieser Haushalt ist da überhaupt nicht hilfreich. Glauben Sie wirklich, Sie motivieren die Beschäftigten mit der verzögerten Übernahme des Tarifabschlusses? Gerade in der Finanzverwaltung sind doch viele in der zweiten QE. Die merken das richtig im Geldbeutel. Sie lassen die Beschäftigten seit Jahren in Arbeit absaufen, bezahlen sie dann nicht rechtzeitig und brechen damit ganz nebenbei noch Ihren eigenen Koalitionsvertrag. Das wird unserer Finanzverwaltung erheblich schaden. Das ist ein Schaden, den wir uns in der jetzigen Situation nicht leisten können.

Was mich an Ihrer angeblichen Sparpolitik – das haben wir die letzten Tage auch gehört – so stört, ist, dass nur einige sparen müssen. Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN sparen zwar bei unseren Beamtinnen und Beamten, Sie sparen aber nicht bei sich selbst. Ihre Handkasse, die Fraktionsreserve, steigt von 90 auf 110 Millionen Euro. Dazu kommen Pandagehege, Opernball oder Adventssingen. Dagegen gibt es keine Einsparungen bei den extremen PR-Ausgaben in der Staatskanzlei oder auch keine Einsparungen bei Ihren Beauftragten-Pöstchen von CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, Größe zeigt sich, wenn man auch mal bei sich selbst spart. Das Gegenteil ist der Fall, und das ist unser Vorwurf. So einem schiefen Haushalt, der bei den Beamten

massiv spart, der keine Hilfe gibt, aber bei sich selbst keinerlei Sparanstrengungen zeigt, dem können wir beim besten Willen nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der Kollege Hofmann hat das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Pargent, das, was Sie jetzt gerade gemacht haben, ist ganz mieser Stil. Wenn Sie sagen, dass die Fraktionsinitiativen Sachen sind, an denen wir Abgeordnete selbst nicht sparen, weise ich den Vorwurf entschieden zurück. Der Eindruck, den Sie erwecken, wir würden zur eigenen, persönlichen Verbesserung in die Kasse greifen, ist eine miese Unterstellung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es sind nämlich Projekte,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wahlkampfgeschenke!)

die den Menschen in den Stimmkreisen und in Bayern vor Ort zugutekommen.

Und jetzt kommt es: Wie vielen dieser Fraktionsinitiativen, von denen Sie sagen, dass wir in die Kasse greifen würden, haben Sie denn zugestimmt? Haben Sie mitgezählt? Wir können das gerne einmal durchzählen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Das ist eine miese Unterstellung. Den Stil bin ich von Ihnen nicht gewohnt, und er ist auch nicht angebracht. Wir tun für den Freistaat Bayern das Beste, und wenn das Parlament der Meinung ist,

(Anhaltende Unruhe bei den GRÜNEN)

dass es mit den Mitteln noch Dinge verstärken muss, dann ist das das Haushaltsrecht dieses Hauses. Das ist unser Recht, das steht in der Verfassung. Reden Sie die Verfassung nicht klein, und reden Sie unsere Aufgabe als Abgeordnete nicht klein!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Kritisieren dürfen wir es trotzdem!)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Pargent.

Tim Pargent (GRÜNE): Ich stelle fest, dass Sie es auch in einer weiteren Minute nicht geschafft haben, zur Personalausstattung in der Steuerverwaltung auch nur ein Wort zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das habe ich ja schon gemacht!)

Dann kommen Sie wieder mit Ihren Fraktionsinitiativen, Ihrer Fraktionsreserve daher, wo Sie sich anscheinend sehr stark getroffen fühlen.

(Michael Hofmann (CSU): Hätten Sie halt keinen miesen Angriff gefahren!)

Ich stelle nur fest, dass Sie das ganz schön triggert.

(Michael Hofmann (CSU): Sie hätten sich entschuldigen können!)

Diese individuellen Verstärkungsmaßnahmen braucht es mittlerweile anscheinend wie Sand am Meer in Ihrem Haushalt. Stellen Sie doch sicher, dass die Förderprogramme richtig sitzen, dann können wir dem erst recht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Wie vielen Initiativen haben Sie denn zugestimmt? Das ist wirklich Heuchelei! – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

(Robert Brannekämper (CSU): Volkmar, reiß dich zusammen! – Heiterkeit des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) sowie bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Volkmar Halbleib (SPD): – Solche Appelle haben noch nie etwas genutzt. Das weißt du doch, Robert.

Frau Präsidentin, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Finanzminister! Bevor ich es in der Schlussdebatte vergesse, möchte ich tatsächlich auch den professionellen Dank an den Finanzminister und sein Ressort aussprechen. Denn wir haben schon professionellen Respekt vor der Leistung, einen Doppelhaushalt aufzustellen und dem Landtag auch vorzulegen. Inhaltlich werden wir bis zum endgültigen Beschluss noch intensiv argumentieren, aber diesen Dank wollte ich vorwegschicken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, er gilt natürlich vorab auch schon als Dank für die Finanz- und Steuerverwaltung dieses Freistaats, die leistungsfähig ist wie keine andere in der Republik.

Wir reden heute über den Einzelplan 06, der das Fundament ist, auf dem dieser gesamte Haushalt steht. Sämtliche Ressorts sind auf eines angewiesen: Einnahmen. Diese Einnahmen fallen nicht vom Himmel. Sie werden von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern erwirtschaftet; das ist klar. Erhoben, geprüft, gesichert und manchmal auch erst durch die Prüfung festgestellt werden sie von den Beschäftigten in unseren Finanzämtern. Jeder Euro, den wir hier verteilen, ist durch die Hände der Steuer- und Finanzverwaltung gegangen.

Man sollte also meinen, dass eine Staatsregierung, die sich Investieren, Konsolidieren und Reformieren auf die Fahne schreibt, in diese wichtige Grundlage unseres Haushalts und der Staatsfinanzen auch investiert. Aber das Gegenteil ist der Fall. Es ist schon deutlich geworden – ich kann es nur noch einmal wiederholen –, dass die Zahl der Steuerfälle in den letzten 15 Jahren in Bayern um knapp 40 % gestiegen ist.

Das ist wohlgemerkt noch ohne die Grundsteuerreform. Die Zahl der Beschäftigten ist nahezu gleich geblieben. Das ist der Widerspruch in Ihrem Handeln.

Ich will jetzt nicht die Bundesliga-Tabellen bei der Personalausstattung wiederholen, aber das ist ein Problem, und zwar ein zentrales Problem. Was ist die Antwort der Staatsregierung? – Stellenkürzungen, Wiederbesetzungssperren und ein pauschaler Stellenabbau auch in der Verwaltung, die eigentlich die Einnahmen dieses Freistaates sicherstellen soll. Das ist ökonomisch unsinnig, und das ist auch die völlig falsche Botschaft an dieser Stelle. Das ist völlig unverständlich.

(Beifall bei der SPD)

Da muss eine Kurskorrektur erfolgen.

Lieber Kollege Pohl, der Grenznutzen von Argumentationen, die Sie bringen, ist auch schnell erreicht. Da ist eigentlich alles schon abgenutzt. Ich glaube, Sie sollten schon mal über Ihr Verhältnis zur Steuergerechtigkeit nachdenken. Die Steuergerechtigkeit ist das zentrale Gerechtigkeitsversprechen dieses Freistaats.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Lausch (FREIE WÄHLER))

Die Steuergerechtigtkeit kann zum Teil nur dadurch hergestellt werden, dass Steuersachverhalte, die dringend der Prüfung bedürfen, auch geprüft werden. Ansonsten würde ich tatsächlich mal raten, über das Verhältnis zur Steuergerechtigkeit nachzudenken. Wir haben dieses Ideal nach wie vor, und es ist auch eine ökonomische Grundlage.

(Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Minister Füracker spricht gerne vom Digitalisierungsparadoxon – zu Recht, weil er feststellt, dass die Digitalisierung zunächst mehr Personal braucht, bevor sie die Verwaltung entlastet. Das stellt man in der Realität der Finanzämter auch immer wieder fest: Verfahren laufen nicht, zusätzliche Prüfungen werden nötig, die Entlastung durch

Digitalisierung besteht nur auf dem Papier, die Mehrarbeit bleibt an den Kolleginnen und Kollegen hängen – neben den zusätzlichen Steuerfällen, die zu bearbeiten sind. Der Nachwuchs, der durchaus einen Sinn in der Arbeit in der Finanz- und Steuerverwaltung sieht, fragt sich schon, ob er nur noch ein Kostenfaktor mit zwei Ohren ist, wie ich bei einem Gespräch mit Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten wahrgenommen habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Finanzminister, wer einen leistungsfähigen Staat will, wer einen leistungsfähigen Haushalt will, muss in ihn investieren.Das heißt, wir müssen in die Finanz- und Steuerverwaltung investieren. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Die 1.000 zusätzlichen Stellen in den Finanzämtern sind auch nur deshalb notwendig, weil die Stellen, die im Haushaltsplan stehen, nicht von Steuerprüfern und von Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten besetzt sind. Das ist doch das Problem.

Wir bekommen ein Vielfaches der Personalkosten wieder zurück. Wer in Steuerprüfung investiert, macht keinen Verlust, sondern er macht Bayern gerechter. Das muss endlich auch einmal Grundlage der Haushaltspolitik werden.

(Beifall bei der SPD)

Noch etwas, das vielleicht auch die Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten nicht verstehen: Sie sind hoch leistungsfähig, aber genau an dem Punkt zeigt sich der Widerspruch zwischen dem Lob, das hier kostenlos verteilt wird, und der Wertschätzung, die sich in der praktischen Politik zeigt. Die Nichtübertragung des Tarifabschlusses, obwohl die Übertragung im eigenen Koalitionsvertrag steht,

(Alfred Grob (CSU): Die späte Übertragung!)

trägt auch zur Verdrossenheit bei den Beschäftigten bei.

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Grob; schön, dass Sie dazwischengerufen haben. Sie haben im Plenum am 19. März zu unserem Dringlichkeitsantrag gesagt: Wir sparen mit der Besoldungsverschiebung 600 Millionen Euro ein, die irgendwann in den Haushalt für die Beamten wieder einfließen.

(Zuruf des Abgeordneten Alfred Grob (CSU))

– Das haben Sie gesagt. Das ist ein Zitat. Schauen Sie sich Ihren eigenen Redebeitrag noch einmal an. Versuchen Sie, das draußen zu erklären; denn dieses Geld, 600 Millionen Euro, die die Beamtinnen und Beamten auch wegen ihrer guten Arbeit verdient haben, ist ein für alle Mal weg.

(Zuruf des Abgeordneten Alfred Grob (CSU))

Das ist Ihre Politik.

Kürzen ist an dieser Stelle das völlig falsche Signal. Deswegen treten wir uneingeschränkt dafür ein, dass eine angemessene Besoldung erfolgt, die Grundlage im Übrigen auch der Verfassung ist.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Schlag ins Gesicht der Beamtinnen und Beamten.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Volkmar Halbleib (SPD): Vor allem ist es aber ein Schlag ins Gesicht der Steuer- und Finanzverwaltung. Damit muss endlich Schluss sein. Ich bitte Sie, einfach noch einmal um eine Kurskorrektur, –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Volkmar Halbleib (SPD): – die auch im Interesse der Beschäftigten und des Staatshaushalts ist.

Präsidentin Ilse Aigner: Sie haben noch Redezeit, die Sie jetzt zusätzlich aufgrund der Zwischenbemerkung des Kollegen Lausch bekommen.

Volkmar Halbleib (SPD): Danke schön, Frau Präsidentin, Sie haben mich überzeugt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Lausch, bitte schön.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Geschätzter Kollege Halbleib, Steuergerechtigkeit und SPD schließen sich eigentlich aus. Wenn ich allein nach Berlin schaue: Dort suggeriert der SPD-Finanzminister, die 1.000 Euro Sonderprämie wäre Geld des Staates. Das ist aber Geld des Unternehmertums. Das ist ein Paradebeispiel.

Meine Frage an Sie zur Erbschaftsteuer und Steuergerechtigkeit: Würden Sie die zurzeit geltende Erbschaftsteuer,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

die massive Kapitalabflüsse von der süddeutschen bzw. tatsächlich von der bayerischen Bevölkerung nach Berlin erzeugt, als steuergerecht bezeichnen?

Volkmar Halbleib (SPD): Ich stelle fest, dass die FREIEN WÄHLER in diesem Landtag zwei Dinge gemacht haben. Das Erste ist, dass Sie das Sondervermögen abgelehnt haben. Das bedeutet, dass wir in diesem Doppelhaushalt 7 Milliarden Euro weniger hätten.

(Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

– Natürlich haben Sie das hier abgelehnt.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Zeige mir einen Beschluss!)

Sie haben damit sogar eine kleine Regierungskrise verursacht.

(Michael Hofmann (CSU): Eine Krise hatten wir nicht, Kollege Halbleib!)

Bekennen Sie sich doch endlich einmal zu Ihrem politischen Vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite, lieber Kollege Lausch, ist Ihre Frage zur Steuergerechtigkeit. Sie wollen die Erbschaftsteuer komplett und sofort abschaffen. Das würde weitere 7 Milliarden Euro Einnahmeausfälle in diesem Doppelhaushalt verursachen. Damit stünden zusammen 14 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt nicht zur Verfügung. Denken Sie darüber einmal nach.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Bravo!)

Sie verteilen das Geld draußen. Wir hätten aber 14 Milliarden Euro weniger, wenn sich die FREIEN WÄHLER durchsetzen würden. Davor möge dieser Freistaat bewahrt sein.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt hat für die CSU-Fraktion der Kollege Alfred Grob das Wort.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Staatsminister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine ganz bekannte Redewendung besagt:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Geld ist sicher nicht alles. Aber ohne Geld ist alles nichts. – Das gilt zu Hause im Familienhaushalt und ganz besonders für den Staatshaushalt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Solide Staatsfinanzen sind das A und O und die Grundlage für alles staatliche Handeln. Deshalb bin ich wirklich stolz darauf, dass wir einen soliden, einen auf Grundfesten fundierten Haushalt für die nächsten zwei Jahre vorlegen können. Mit diesem Haushalt, der ohne Schulden auskommt, bewahren wir den Markenkern bayerischer Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Worin liegt der Markenkern? – Das wissen wir alle; wir haben es schon ein paarmal gesagt: Wir kommen ohne Neuverschuldung aus. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber allen anderen Bundesländern.

Deshalb bedanke ich mich eingangs meiner Rede ganz herzlich bei unserem Finanzminister für eine kluge Haushaltspolitik, für einen tollen Haushalt und für den Mut, nicht populistisch und populär zu sein, sondern das zu tun, was getan werden muss. Ich danke auch für die gute Zusammenarbeit mit unserem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes im Sinne aller Beamtinnen und Beamten und aller Angestellten des öffentlichen Dienstes. Lieber Herr Finanzminister, herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage auch ausdrücklich, obwohl wir die Tariferhöhung um ein halbes Jahr verschieben – wir setzen sie nicht aus, wie das der Kollege sagte –: Danke allen Kolleginnen und Kollegen, allen Bediensteten und Beschäftigten der bayerischen Finanzverwaltung, der Steuerverwaltung, der Hochschule für den öffentlichen Dienst, der Vermessungsverwaltung und der Bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung. Sie leisten zuverlässig Tag für Tag eine tolle Arbeit, ohne dass sie sich in den Vordergrund drängen. Das haben wir zu respektieren, und dafür können wir Danke sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Beamtinnen und Beamten, die Anwärterinnen und Anwärter sowie die Tarifbeschäftigten in Bayerns Finanzämtern sind die Garanten für einen soliden Haushalt. Sie sorgen dafür, dass Geld in die Staatskasse kommt – Tag für Tag, zuverlässig, regelmäßig und ganz solide. Danke dafür! Ein Dank auch an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die sich jeden Tag bemühen, gut zu arbeiten, und damit unsere Steuerkassen füllen.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Josef Lausch (FREIE WÄHLER))

Die Steuerzahler und die Steuerverwaltung garantieren, dass der Staat seinen Aufgaben nachkommen kann, dass wir Schulen und Universitäten finanzieren und bauen, Straßen und Brücken sanieren und bauen, die Polizei und die Justiz aufstellen und ausstatten sowie Kinder und Familien fördern können. Letztendlich können wir auch Kommunen unterstützen. Das ist in diesen Tagen sehr wichtig. Denken wir nur an die Schlüsselzuweisungen und an die FAG-Mittel. Dies alles geschieht durch die Steuer- und die Finanzverwaltung: leise, sachlich, ohne große Außenwirkung und ohne große Schlagzeilen, aber immer mit enormer Effektivität. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb ist es auch folgerichtig und völlig in Ordnung, dass ein Löwenanteil, nämlich 72 % des Gesamthaushalts, bei der Steuerverwaltung in das Personal läuft. 2,6 Milliarden Euro für dieses Jahr und 2,7 Milliarden Euro für nächstes Jahr sind sehr gut angelegtes Geld für eine sehr gute Arbeit. Mit diesem Geld finanzieren wir 30.540 Stellen im Bestand. Das sind zwei Drittel für die Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten.

Meine Damen, meine Herren, wir investieren in Bayern auch ganz stark in die Digitalisierung. Aus meiner Sicht ist die Digitalisierung die Zukunft. Jährlich 400 Millionen Euro im Einzelplan 06 für Digitalisierung ist ein Pfund. Damit sorgen wir dafür, dass Bayern auch in Zukunft spitze und Vorreiter bei allen Digitalisierungsbestrebungen ist und bleibt. Von diesen Mitteln entfällt 2026 und 2027 mehr als die Hälfte auf die EDV in der Steuerverwaltung und ganz besonders – das ist wichtig – auf das Rechenzentrum Nord in Nürnberg.

Für diejenigen, die sich für Zahlen interessieren: Mit 284,3 Millionen Euro für dieses Jahr und 274 Millionen für das nächste Jahr bleibt sichergestellt, dass Bayerns Finanzverwaltung erstens bürgerfreundlich, zweitens effizient und drittens digital und damit am Puls der Zeit bleibt.Moderne EDV ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern eine höhere Nutzerfreundlichkeit durch digitale Steuererklärungen mithilfe des ELSTER-Systems, das die meisten kennen, eine Verbesserung des Risikomanagements

und des Fehlermanagements durch KI-Einsatz und letztendlich eine schnellere Bearbeitung der Anträge.

Meine Damen, meine Herren, weiter möchte ich erwähnen, dass das Sondervermögen des Bundes auch nach Bayern fließt, nämlich ganze 220 Millionen Euro für die IT-Ausstattung, für 2026 150 Millionen Euro und für 2027 70 Millionen Euro. Mit diesem Geld werden wir die Kommunikationsmittel bei der Steuerverwaltung und vor allem die Netzwerkinfrastruktur deutlich ausbauen. Das ist auch ein Schritt in die Zukunft.

Meine Damen, meine Herren, zum Schluss möchte ich noch ein paar Takte zur Fraktionsinitiative und damit zu dem sagen, was dadurch letztendlich beim öffentlichen Dienst ankommt:

Erstens. Wir verbessern den Service bei den Finanzämtern dadurch, dass wir sogenannte KI-gestützte Live-Übersetzungsprogramme an den Servicestellen der Finanzämter einführen, die allen Erfordernissen des Steuergeheimnisses entsprechen. Das ist eine Investition in Bürgerfreundlichkeit und eine bessere Servicequalität.

Zweitens. Wir unterstützen die Steuerverwaltung, zweifelsohne das Rückgrat unserer Gesellschaft, auch im Krisenfall dadurch, dass sie arbeitsfähig und resilient bleibt, indem wir in große Notstromaggregate investieren.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Redezeit ist abgelaufen

Alfred Grob (CSU): – Okay. – Zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass das Geld, das wir hier investieren, gut angelegt ist. Wir tun das gerne für die Bediensteten des öffentlichen Dienstes. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 06 und zum Gesamthaushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Stefan Frühbeißer.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf die Vorreden meine ich, man müsste nicht so weit zurückgehen, wie man in den Haushaltsberatungen argumentiert hat. Aber wenn sich die AfD darin verliert, bei diesen Haushaltsberatungen darüber zu referieren, welche angeblich sinnvollen Anträge man gestellt habe und dass man bestimmte Ministerien abschaffen und ein Ministerium umbenennen wolle, muss ich sagen: Das ist wirklich "sehr sinnvoll", das bringt den Steuerzahler in Bayern wirklich weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Bitte verstehen Sie also, dass wir diese Anträge abgelehnt haben. In der Begründung können Sie nachlesen, warum.

Ich möchte aber auch darauf eingehen, was in den Vorreden angesprochen worden ist. Ich möchte den Steuerzahlern sowie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunächst danken. Ich will es aber nicht bei einem Dank belassen, sondern vor allem auch die klare Aussage treffen, dass wir von den FREIEN WÄHLERN ein Verantwortungsbewusstsein dafür besitzen, nicht auf Pump zu finanzieren. Wir haben mit unserem Koalitionspartner darum gerungen, was im Bund passiert ist, nämlich die Bewilligung des Sondervermögens. Herr Kollege Halbleib, es war uns wichtig, dass die Darlehensaufnahme – eine Belastung für unsere Kinder und Enkelkinder – nur für die Verteidigungsfähigkeit und für Investitionen eingesetzt wird und nicht für laufende Maßnahmen.

(Volkmar Halbleib (SPD): 7 Milliarden Euro sind vom Bund!)

Diese Diskussion haben wir schon oft geführt, weil gerade die SPD mit ihren Anträgen über 3 Milliarden Euro für laufende Maßnahmen ausgeben will.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das habe ich Ihnen diese Woche bereits erläutert. Bei uns können sich die Steuerzahler darauf verlassen, dass wir nicht auf Pump Einzelinteressen finanzieren wollen, sondern bei uns das Gemeinwohl in Bayern im Vordergrund steht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ganz nebenbei: Wir Bayern und gerade die FREIEN WÄHLER haben diesbezüglich eine gewisse Sorge und wollen eine schwarz-rote Koalition vermeiden. Wir sehen ja, dass es im Bund nicht ganz rund läuft.

(Zuruf von der SPD)

Ich möchte aber auch auf die von Tim Pargent schön gezeichnete Fußballmetapher eingehen. Er hat referiert, dass angeblich nur acht Spieler auf dem Platz wären. Ich möchte den Vergleich, der natürlich hinkt, fortführen. Bayern ist ein bisschen anders; denn hier wird durch Leistung überzeugt. Deshalb ein ausdrückliches Dankeschön an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Ergebnis ist: Bayern ist Deutscher Meister, und wir spielen nicht nur in der Kreisliga, sondern in der Champions League. Bayern ist Vorreiter, weil Leistungsbereitschaft und Motivation für dieses Land eine ganz entscheidende Rolle spielen. Wenn man sich ein bisschen umhört, wird klar, dass gerade Berufe in der Finanzverwaltung beliebt sind. Es ist nicht so, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich überlastet fühlen. Ganz im Gegenteil: Sie sind leistungsbereit und motiviert. Es spricht für Bayern und für Heimat, dass man sich damit identifiziert und Ziele hat. Deshalb möchte ich noch mal ein ausdrückliches Dankeschön an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich möchte noch allgemeine Anmerkungen bezüglich des Etats machen, den wir jetzt beraten, gerade weil der Kollege der AfD deutlich gemacht hat, wie die AfD den Heimatbegriff sieht. Heimat in Bayern zeichnet sich durch gleichwertige Lebensverhältnisse aus, durch Natur, Landschaft, Umweltschutz, Klimaschutz, Infrastruktur,

Schulen, Kindergärten, Lebensqualität, Lebensfreude und Kultur. All diese Bereiche sind Heimat. Das ist ein Querschnitt über alle Etats hinweg. Aber in einem Etat ist das besonders verankert, und zwar richtigerweise im Etat der Finanzen; denn dort ist die Steuerung von erster Hand möglich, dass wir die Aufgaben so lösen, dass wir uns auch weiterhin in Bayern wohlfühlen. Das zeichnet Bayern meines Erachtens aus. Noch einmal: Bayern ist Deutscher Meister, weil wir sehr gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, weil wir motiviert sind, mit Leidenschaft unser Land vertreten und daran arbeiten, dass es so bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion vor.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Frühbeißer, ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar, dass Sie die grundsätzliche Position der FREIEN WÄHLER noch einmal deutlich gemacht haben: Sie wollten das Sondervermögen nicht. Ganz einfach, Sie wollten es nicht. Damit würden 7 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt fehlen. Das ist die erste Feststellung.

Die zweite Feststellung ist: Es würden 5 Milliarden Euro an Investitionsmitteln für die bayerischen Kommunen fehlen, die vom Bund über den Freistaat an die Kommunen gegangen sind. Das ist die Wahrheit, der Sie sich auch einmal stellen sollten. Mit Ihnen gäbe es diese 7 Milliarden Euro im Doppelhaushalt des Freistaats Bayern nicht.

Was unsere Änderungsanträge betrifft: Unsere Änderungsanträge sind alle gegenfinanziert, ohne neue Schulden. Wir sind als Freistaat nicht Trittbrettfahrer des Bundes, sondern müssen selbst in erheblichem Umfang investieren und versteckte Verschuldung vermeiden – nicht nur Verschuldung, sondern auch versteckte Verschuldung. Bei der Infrastruktur im Freistaat Bayern, die aufgrund der Investitionen in den 1970er- und 1980er-Jahren gut ausgestattet ist, –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Volkmar Halbleib (SPD): – haben wir genug Grund, zu investieren und nicht nur Bundesmittel zu verteilen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Volkmar Halbleib (SPD): Das ist unsere Position.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Frühbeißer.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Halbleib, es wiederholt sich bei Ihnen. Erstens noch einmal zur Klarstellung zum Sondervermögen, wie ich auch deutlich ausgeführt habe: Wir haben gesagt, dass das Sondervermögen nur für Investitionen und Verteidigungsfähigkeit eingesetzt werden darf.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Damit sind wir in die Verhandlungen getreten. Das kann man in der Zusatzerklärung auch nachlesen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Zweitens würden Sie, wie in Ihren Änderungsanträgen deutlich wird, über 3 Milliarden Euro zusätzlich zu dem, was wir jetzt haben, auf Pump für laufende Maßnahmen finanzieren. Sie würden jeweils 50 Millionen Euro Tilgung aussetzen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch symbolisch!)

weil Sie den Menschen nicht sagen, dass das Geld, das jetzt geliehen wird, in den kommenden Jahren mit entsprechenden Zinsen zurückgezahlt werden muss. Das verheimlichen Sie der Bevölkerung.

(Volkmar Halbleib (SPD): 50 Millionen Euro – das ist doch lächerlich!)

Bei uns sieht verantwortungsvolle Finanzpolitik anders aus: Wir schaffen bei den Menschen das Vertrauen, dass das Geld auch morgen und übermorgen noch da ist und unsere Nachkommen nicht die Schulden bezahlen, die Sie machen würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Nun hat Herr Staatsminister Albert Füracker für die Staatsregierung das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es waren interessante Tage. Heute habe ich beim Haushaltsgesetz noch einmal die Möglichkeit, alles darzustellen, was in den letzten Tagen gesagt wurde und mich bewegt bei der Frage, wie man einen solchen Haushalt aufstellt und wie wir Haushaltspolitik gestalten, die letztendlich die Grundlage für das gesamte politische Handeln bei uns in Bayern ist. Alles, was ich in den letzten Tagen und nun in der Debatte zum Haushalt für das Ministerium, das ich verantworten darf, gehört habe, ist immer dasselbe. Es gibt eine Diskussion über die Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Wünsche, die wir haben. Keiner von uns kann sich nicht vorstellen, noch mehr Geld für dieses und jenes auszugeben. Hier und dort bräuchte es mehr. Ja, selbstverständlich, ich lebe auch in dieser Welt. Das weiß ich alles.

Trägt man jedoch die Verantwortung für ein so großes Konstrukt, muss man auch die Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Diese lauten, dass wir einen so großen Haushalt wie noch nie haben und so viel wie noch nie investieren, riesige Summen aus der Rücklage entnehmen und das Geld, das aus Berlin zur Verfügung steht, nehmen, um zu investieren. Deswegen habe ich damals bei meiner Einbringungsrede gesagt: Noch mehr ist in diesem Doppelhaushalt nicht möglich. Wir müssen der Situation und der Krise, in der wir stecken, angemessen ein bisschen Maß halten und die einzelnen Haushalte entsprechend gestalten. So haben wir es auch mit dem Haushalt für das Finanz- und Heimatministerium getan.

Natürlich, Herr Pargent und Herr Halbleib, – wir diskutieren ja nicht zum ersten Mal über die Ausstattung der Steuerverwaltung – haben wir auch hier die grundlegende Schwierigkeit, dass aus unterschiedlichsten Gründen nicht alles, was notwendig wäre, erreichbar ist. Das hat nicht nur mit Geld, sondern auch mit Demografie zu tun. Kann die bayerische Finanz- und Steuerverwaltung möglicherweise nicht alle Stellen besetzen, die wir zur Verfügung haben, hilft es nichts, wenn wir noch mehr Stellen schaffen, sondern wir müssen uns in diesem Land die grundsätzliche Frage stellen, wie wir die Menschen, die jetzt alle in Rente oder in Pension gehen wollen, ersetzen wollen. 1964 gab es 1,4 Millionen Geburten in Deutschland, in den letzten Jahren nur 680.000 bis 700.000. Wie sollen diese 700.000 die 1,4 Millionen von damals ersetzen? Das ist die Frage, die wir zu beantworten haben. Dabei geht es nicht um eine Million hin oder her, sondern darum, wie wir es schaffen, dass die Menschen gerne zu uns kommen.

Es ist nicht so, dass niemand mehr Steuerbeamter werden will. Wir haben rund 2.500 Auszubildende, meine Damen und Herren. Auch bei den Anwärtern sind die Einstellungszahlen mit 1.081 im Jahr 2022 und 1.371 im Jahr 2025 sehr hoch. Wir steigern also selbst in einer Zeit, in der es schwierig ist, Personal zu rekrutieren, die Zahlen derjenigen, die zum Staat gehen wollen. Wir machen Werbung und suchen überall, wo junge Menschen viel Kontakt zur Öffentlichkeit haben und in Social Media unterwegs sind. Wir haben Nachwuchswerbekonzepte auf den Weg gebracht. Natürlich wollen wir jeden Steuerbeamten, der ausscheidet, ersetzen, auch wenn es schwierig ist.

Wir sind also tätig geworden. Es stimmt nicht, dass nichts getan wurde, Herr Pargent. Ich glaube, so ähnlich haben Sie es formuliert. Von 2009 bis 2023 haben wir circa 3.700 zusätzliche Stellen und im Doppelhaushalt 2024/25 238 Stellen geschaffen. Sogar in diesem Doppelhaushalt gibt es 143 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere für KONSENS beim Landesamt für Steuern im Bereich der IuK. Seit 2009 haben wir somit über 4.000 zusätzliche Stellen im Geschäftsbereich geschaffen. Wir haben nicht tatenlos zugeschaut und lassen die Steuerverwaltung nicht "in Arbeit

absaufen". So haben Sie es formuliert. Dennoch sage ich nicht, dass alles gelöst ist und wir völlig problemfrei unterwegs sind. Wir müssen mit dem, was wir haben und tun können, zurechtkommen. Ich erwähne die Steuerverwaltung und deren Leistungen auch immer, mehrfach im Jahr, ständig, wenn ich unterwegs bin, und bei allen möglichen Anlässen. In der Tat ist die Grundlage jedes funktionierenden Staatswesens eine funktionierende Steuerverwaltung, und sie funktioniert.

Wir haben weitere Maßnahmen veranlasst. Wir haben einen Versetzungsstopp an die Kommunen verfügt. Offensichtlich sind auch bei den Kommunen Nachwuchskräfte gefragt. Wir bilden die Leute top aus, aber die Steuerverwaltung hat das Problem, kein Personal von anderen Verwaltungen anwerben zu können. In der Steuerverwaltung kann man nur Menschen beschäftigen, die Steuerrecht gelernt haben. Bei den Kommunen ist das anders. Diese haben hohe Begehrlichkeiten unseren Steuerbeamtinnen und -beamten gegenüber, die top ausgebildet sind. Das macht es noch einmal schwieriger. Deshalb mussten wir diese Maßnahme ergreifen.

Wir haben ein Zweite-Chance-Verfahren in Bayern eröffnet und tatsächlich – ich sage es noch einmal – junge Menschen gewonnen. Die seit 2012 gemessene Ist-Besetzung an den Finanzämtern in Vollzeitkräften ist im Übrigen um 466 Personen gestiegen, am Landesamt für Steuern seit 2012 um 616 Vollzeitkräfte. Warum? – Weil wir dort die Digitalisierung der Steuerverwaltung nicht nur für Bayern organisieren. Unsere Beschäftigten im IT-Bereich der Steuer programmieren für ganz Deutschland, Stichwort KONSENS. Vieles von dem, was bundesweit in der Steuerverwaltung selbstverständlich geworden ist, entspringt bayerischer Feder. Deshalb müssen wir den Damen und Herren, die in der IT der Steuerverwaltung arbeiten, danken; denn sie schaffen die Grundlage dafür, dass das Personal an den Finanzämtern selbst umsetzen kann, was in den Gesetzen steht.

Natürlich – Alfred Grob hat es erwähnt – haben wir in der IT der Steuerverwaltung jetzt einen Aufwuchs wie schon ewig nicht mehr organisiert. Das, glaube ich, ist ein deutliches Signal. Mit diesem massiven Mittelaufwuchs werden wir die IT der

Steuerverwaltung in Zukunft weiter optimieren. Die Strukturoptimierung, die wir in den Finanzbehörden vornehmen, und all die Ausstattung, die wir dort organisieren, ist angesprochen worden. Ich kann hier ausführlich Stellung dazu nehmen, was alles getan wird, und sage allen Steuer- und Finanzbeamten noch einmal: Es wird nie so sein, dass ein Maximum organisierbar ist. Wir strengen uns aber an, das Optimum zu erreichen. Ich glaube, wir sind hier sehr, sehr gut unterwegs.

Die Steuereinnahmen des Freistaates Bayern sind offensichtlich so gut – das sage ich immer wieder – dass wir im Finanzkraftausgleich immer noch die Superzahler sind. Obwohl alle anderen Länder angeblich eine so tolle Steuerverwaltung haben, jeden Steuersünder entdecken und so toll ausgestattet sind, führt dies immer noch nicht dazu, dass sie dort massive Steuerzuwächse hätten und wir in Bayern abschmieren würden, weil wir einen so schlechten Steuervollzug hätten. Wir haben in Bayern keinen schlechten Steuervollzug, meine Damen und Herren, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir setzen weiterhin auf unsere Digitalisierung. Mittlerweile nutzen über 25 Millionen Bürgerinnen und Bürger das ELSTER-Verfahren in Deutschland aktiv. Das ist das größte und weitverbreitetste IT-Verfahren, das es in einer öffentlichen Verwaltung in diesem Land gibt. 80 % geben ihre Einkommensteuererklärung darüber ab, 100 % die Anmeldesteuern. Wir haben einfachELSTER kreiert, die vorausgefüllte Steuererklärung, und jetzt auch okELSTER in der App, das wir 2025 vorgestellt haben und das ab 1. Juli laufen wird. Im ersten Schritt ist das für Ledige, kinderlose Arbeitnehmer und Bezieher von Alterseinkünften nutzbar, bei denen keine großen Besonderheiten in der Steuererklärung vorliegen. Circa 11 Millionen Steuerpflichtige in Deutschland werden das nutzen können. Dies sind echte Fortschritte, die dazu führen werden, dass wir auch im Bereich der Digitalisierung der Steuer weiterhin gut vorankommen.

Zu den Beschäftigten selbst und zur Frage der Tarifübernahme nehme ich später noch Stellung, aber es ist nicht so, dass wir unsere Beschäftigten vergessen würden, ganz

im Gegenteil. Im Bereich des öffentlichen Dienstes nenne ich hier nur drei Stichworte: A 13 für alle, amtsangemessene Alimentation, Anhebung der Eingangsbesoldung und ständige Hebungen. All dies kostet in Bayern viel, viel Geld. Mit all dem, was wir tun, haben wir einen verfassungskonformen Vollzug im Bereich der Besoldung, was offensichtlich nicht überall der Fall ist, wie die jüngsten Urteile des Verfassungsgerichts zeigen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir nach den Möglichkeiten, die wir haben, Kompromisse finden mussten, die notwendig sind, um in dieser Zeit einen solchen Haushalt zu kreieren. Noch einmal: Es geht nicht darum, dass ich mich weigere, Schulden zu machen. Meine Damen und Herren, das ist auch kein Dogma. Aber wir finanzieren diesen Haushalt mit 5 Milliarden Euro aus der Rücklage und – das ist zu Recht gesagt worden, und das habe ich auch nie verschwiegen – mit 7 Milliarden des Geldes, das wir aus Berlin erhalten. Es heißt immer, wenn ihr dieses Geld nicht hättet, gäbe es das alles nicht. Das stimmt. Dann hätten wir um 7 Milliarden Euro weniger Investitionen. Das Geld, das wir aus Berlin erhalten, ist aber nicht Grundlage des ausgeglichenen Haushalts.

Wir gehören auch zu Deutschland.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn der Deutsche Bundestag das so beschließt, ist es geradezu ein Witz, dass ich mich ständig für Geld, das aus Berlin kommt, rechtfertigen muss.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir zahlen 11,7 Milliarden Euro an andere Bundesländer, und wenn einmal Geld aus Berlin kommt, soll ich mich ständig dafür entschuldigen. Meine Damen und Herren, das kann doch nicht wahr sein!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der bayerische Steuerzahler ist maßgeblich auch derjenige, der den Bundeshaushalt trägt. Sonst würde dort überhaupt nichts funktionieren. Deswegen, meine Damen und Herren, steht uns das Geld zu.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu unseren Heimatthemen: Selbstverständlich sind wir kein heimliches Heimatministerium und kein anderes heimliches Ministerium. Wir sind ein unheimlich starkes Ministerium.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau!)

Das sind wir, meine Damen und Herren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei uns ist nichts heimlich. Bei uns wird der Heimatbegriff aus der Verfassung umgesetzt: gleichwertige Lebensverhältnisse.

Wir erleben einen technischen Heimatbegriff und einen emotionalen Heimatbegriff. So haben wir es immer definiert. Wer jemals verfolgt hat, was wir seit 2013 als Heimat definieren, hätte heute Ihre Rede nicht halten dürfen, Herr Müller. Wir haben 2013 eine Heimatstrategie entwickelt: Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern mit Digitalisierung und Glasfaser. Seitdem haben wir fast 3 Milliarden Euro investiert, im Doppelhaushalt sind es 720 Millionen Euro. Da sagen Sie, für Heimat sei nichts drin.

Schlösserverwaltung: Heimat. Behördenverlagerung: Vor Kurzem habe ich hier eine Regierungserklärung gehalten zur Behördenverlagerungsstrategie des Freistaats Bayern. Die Anlage S nicht nur meines Hauses, sondern auch aller anderen Ministerien ist voll mit Maßnahmen, die wir im Bereich der Heimatstrategie und der Behördenverlagerung umsetzen. Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle.

Natürlich koordinieren wir diese Dinge für viele andere auch. Ich erhebe jetzt nicht Anspruch darauf zu sagen, ich bin der Einzige, der Heimatpolitik macht, ganz im Gegenteil. Ich bin froh über jeden, der bei der Heimatpolitik mittut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich könnte mir immer mehr vorstellen. Sie haben gesagt, Sie wollen uns die Heimat wegnehmen und ins Umweltministerium geben. Ich mag alle Ministerien. Aber wenn man Heimatpolitik wirklich bündeln wollte, bräuchte ich noch mehr in meinem Ministerium, Herr Müller. Dann müsste Michaela Kaniber mir die ganze Dorferneuerung geben, Christian Bernreiter die Städtebauförderung und Anna Stolz die Lehrer; denn alles ist Heimat. Ich glaube schon, dass man die Dinge ein bisschen seriöser besprechen muss. Das ist der technische Heimatbegriff.

Beim emotionalen Heimatbegriff, den Sie meinen, kommt es nicht aufs Geld an. Da geht es um Anerkennungskultur. Da gibt es Menschen, die sich freuen, dass sie einmal in den Mittelpunkt gerückt werden, Menschen, die seit Jahrzehnten ehrenamtlich tätig sind und sich dann freuen, wenn sie einen Heimatpreis kriegen, sich freuen, wenn sie einen Demografiepreis kriegen, sich freuen, wenn sie einen Dialektpreis oder Jugenddialektpreis kriegen, sich freuen, wenn wir eine Dialektstrategie machen, die auch in den Medien gut angenommen wird, sich freuen, wenn wir einen Heimaterlebnistag organisieren.

Wir haben ganz Bayern bereist und Bürgerdialoge durchgeführt. Eine Idee war, einen Heimaterlebnistag zu machen. Der ist am 3. Mai. Ich lade alle ein. Es gibt weit über 200 Veranstaltungen in ganz Bayern. Ein Heimaterlebnistag – das stimmt – kostet keine Milliarden. Ich würde den Erfolg von Politik nicht immer allein am Geld bemessen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist etwas, was wir ehrlicherweise in diesen Zeiten auch einmal zurückstellen sollten. Wir dürfen den Bürgerinnen und Bürgern nicht immer sagen: Nur da, wo viel Geld im Haushalt ist, wird gescheite Politik gemacht.

Ich sage Ihnen eines: Meine Lebenserfahrung nach fast vierzig Jahren Politik ist, dass man Wahlen nicht immer nur mit Geld gewinnt, sondern vielleicht auch mit einer Grundüberzeugung und damit, dass man für ein Thema brennt. Dass wir für Heimatthemen brennen und Bayern gestalten wollen, ist, glaube ich, unübersehbar. Das tun wir hervorragend. Wir haben Partner dafür: den Trachtenverband, den Landesverein für Heimatpflege – ein wunderbarer Verband für ganz Bayern –, die Heimatpfleger, die alle ehrenamtlich mithelfen und sich nicht jeden Tag die Frage stellen: Was habe ich davon? Was kriege ich dafür? – Diese Leute stellen sich die Frage: Was kann ich tun? Wo kann ich mich einbringen, damit das wunderbare Bayern gut vorankommt? – Wir helfen als Heimatministerium mit, dass auch andere erfolgreich Heimatpolitik gestalten können. Das ist unsere Aufgabe, die wir umsetzen werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insofern auch mein Dank an alle, die mithelfen, dass wir diesen Haushalt so führen können, natürlich an mein Ministerium, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Mit ihnen haben wir am meisten zu tun, aber auch mit dem Wirtschaftsausschuss, wenn es um die Glasfaser- und Digitalisierungsfragen geht. Ich finde, wir können das gut miteinander machen.

Dass hier natürlich in gewisser ritualisierter Weise seitens der Opposition immer wieder darauf hingewiesen werden muss, was noch alles möglich wäre, verstehe ich. Aber warum man das Konstrukt, so wie es jetzt vorliegt, insgesamt nicht unterstützen möchte, verstehe ich eigentlich nicht; denn einen besseren Haushalt als diesen, meine Damen und Herren, können wir bei den Mitteln und Möglichkeiten, die wir haben, eigentlich nicht vorlegen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung; die erste kommt vom Kollegen Halbleib für die SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Staatsminister, ich habe eine Klarstellung und einen Appell.

Die Klarstellung ist: Wir haben gemeinsam – CSU und SPD – in Berlin die Nutzung des Sondervermögens für die Länder und die Kommunen beschlossen. Deswegen bekennen wir uns auch dazu. Wenn Sie sagen, hier muss sich jemand entschuldigen, dass die Mittel verwendet werden, kann das nur Ihr Koalitionspartner in Bayern sein, die FREIEN WÄHLER. Sie wollten nämlich das ganze Sondervermögen für Investitionen außerhalb des Militärbereichs nicht, haben aber jetzt natürlich eine Herausforderung, weil sie ihr Wort von früher nicht mehr halten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Billiger Versuch!)

Das nur zur Klarstellung. Wir sind hundertprozentig dabei. Bei Ihrem Koalitionspartner könnten Sie vielleicht noch einmal Überzeugungsarbeit leisten.

Dann ein Appell: Bitte begründen Sie die aktuelle Stellenpolitik, die Sie betreiben, in Zukunft nicht mehr mit dem Nachwuchsproblem oder dem demografischen Wandel; denn umgekehrt wird doch ein Schuh daraus. Wenn ich Stellen nicht schaffe, die ich eigentlich bräuchte, wenn ich eine Wiederbesetzungssperre habe, wenn ich ein Stellenmoratorium habe, wenn ich Stellenabbau habe und die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten verschiebe, ist das nicht gerade eine Nachwuchswerbung für die Kräfte, die wir im Augenblick dringend brauchen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Halbleib, ich bitte noch einmal darum, zur Kenntnis zu nehmen – ich habe es gerade vorgetragen –, dass wir

mehr einstellen als zum Beispiel 2022. In 2025 waren es genau 300 mehr. Wir haben 2.500 in der Ausbildung, und es ist nicht so, dass niemand diese Ausbildung machen möchte. Der junge Mensch, der sich für die berufliche Ausbildung entscheidet, fragt sich nach all dem, was wir immer gemacht haben, nicht an erster Stelle, ob es eine Tarifübernahme in dem Jahr gab.

Wollen Sie einmal darüber diskutieren, wo wir als Bayerische Staatsregierung für Beamtinnen und Beamte viele Dinge vertreten und verteidigen, die SPD und GRÜNE längst nicht mehr verteidigen? – Eine Partei, die Bürgergeld will, eine Partei, die will, dass Beamtinnen und Beamte in die Rentenkasse einzahlen, eine Partei, die Beihilfe nicht mehr will, sollte sich bitte bei der Einschätzung der Frage, wie andere Beamtenpolitik betreiben, sehr zurückhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Billiger Ablenkungsversuch!)

Dass wir beim größten Kostenblock, den wir haben, bei etwa 40 % Personalkosten nicht ganz spurlos an dem Bereich vorübergehen können, wenn wir konsolidieren, leuchtet, glaube ich, auch jedem ein; ich kann später noch etwas dazu sagen.

Das Zweite ist das Sondervermögen. Ich habe nicht gesagt, dass Sie sagen, dass ich mich entschuldigen soll. Aber es geht um das permanente Erwähnen oder darum, zu glauben, erwähnen zu müssen, dass unser Haushalt nur deswegen funktioniert, weil wir aus Berlin 7 Milliarden Euro bekommen. Meine Damen und Herren, da ist noch mehr drin, was wir kriegen. Wir kriegen Geld für Städtebauförderung. Wir kriegen Geld aus Brüssel. Wir kriegen aus verschiedenen Töpfen Geld. Wir zahlen aber auch überall. Der bayerische Steuerzahler ist beteiligt am Bundeshaushalt. Der bayerische Steuerzahler ist beteiligt am EU-Haushalt. Der bayerische Steuerzahler ist vor allen Dingen überproportional am Haushalt nahezu aller anderen Bundesländer beteiligt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich sage, wir nehmen die 7 Milliarden Euro und bauen sie ein – nur die 7 Milliarden sind es –, und wenn ich den Finanzkraftausgleich erwähne, kommt meistens aus der linken Ecke: Das können wir nicht mehr hören. Wie oft habt ihr das schon gesagt?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt ja verhandelt!)

Wir haben es noch nicht so oft gesagt, wie Sie gesagt haben, dass wir aus Berlin Geld aus dem Sondervermögen bekommen. Wir nehmen es und investieren es. Danke dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Johann Müller.

Johann Müller (AfD): Herr Staatsminister Füracker, vielen Dank für Ihre Aussagen zur Heimat. Natürlich ist es schön, wenn die CSU und die FREIEN WÄHLER einen Heimatpreis vergeben oder einen Empfang machen. Aber zu gleichwertigen Lebensverhältnissen gehört noch etwas anderes. Da könnten wir über die Finanzen und die fehlenden Zuschüsse aus der Staatsregierung sprechen.

(Michael Hofmann (CSU): Bei was?)

Gestern hat Ihr Ministerkollege Bernreiter hier gejammert, dass er die Zuschüsse aus dem Bund verspätet bekommt. Genauso werden aber die Kommunen von Ihnen behandelt, wenn diese fehlenden oder ausgebliebenen Zuschüsse nicht kommen.Die Folge davon ist, dass sich die Kommunen und die Landkreise freiwillige Leistungen, die auch unseren Bürgern zustehen, nicht mehr leisten können vor lauter Schulden und Tilgungszahlungen.

(Zuruf von der CSU: Auf den Punkt kommen! – Michael Hofmann (CSU): Das ist ja lächerlich!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Jetzt kommt ein bisschen etwas durcheinander. Im Übrigen: Landkreise – das ist ein umlagefinanzierter Haushalt – dürften sich eigentlich per se überhaupt keine freiwilligen Leistungen leisten. Da gab es vor vielen Jahren das Eichenau-Urteil. Ich sage es Ihnen nur. Ich habe das nicht erfunden.

Zu der Frage, wann Kommunen Geld bekommen für ihre Baumaßnahmen, kann ich zum Beispiel für die Programme, die ich zu verantworten habe – nach Artikel 10 des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes für die Förderung von Kitas und von Schulen oder im Krankenhausbauprogramm zusammen mit der Kollegin Gerlach –, sagen: Das wird zeitnah abfinanziert. "Zeitnah abzufinanzieren" heißt halt nicht, dass man das Geld bekommt, bevor die Baumaßnahme fertig ist. Man muss erst fertig sein, fertig abrechnen, Schlussrechnungen vorlegen. Das habe ich auch öfter, dass sich manche beschweren, das Geld käme nicht. Dann frage ich nach, und dann ist nicht einmal die Schlussrechnung da. Ob man das jetzt alles vermengen soll?

Ich kann Ihnen eines sagen, Herr Müller: In diesem Doppelhaushalt wird Heimatpolitik in allen Ressorts gemacht. 168 Milliarden Euro für die Heimatpolitik. Das ist bayerische Politik.

Was ich mir noch wünsche zur Heimatpolitik und zur Heimatstrategie: Wir als Freistaat Bayern können nicht alles regeln. Wenn wir Behörden verlagern, wird es nicht so sein, dass deswegen die Wirtschaft blüht. Aber das Vorbild, das wir als Staat geben, die Möglichkeiten, die wir damit schaffen, sind zu sehen. Die Heimatstrategie des Freistaats Bayern ist etwas Einzigartiges.

Ich würde mir zum Beispiel wünschen, dass auch die bayerische Wirtschaft eine Heimatstrategie auflegt; denn man kann auch nördlich des Tunnels in Regensburg sehr gut und optimal investieren. Daran sollten wir noch arbeiten. Ich denke, dass wir hier gute Vorbildarbeit leisten. Ich überhöhe das nicht. Aber die Möglichkeiten, die

wir haben – zur Strukturpolitik durch Heimatpolitik –, nutzen wir in optimaler Weise. Darauf lege ich Wert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2026/2027, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10073 mit 19/10088 und 19/10366 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/11326 zugrunde.

Zunächst führen wir die namentliche Abstimmung über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Studie nach dänischem Vorbild: Evidenzbasierte Zuwanderungs- und Fiskalstudie für Bayern einschließlich MENAPT-Auswertung" auf Drucksache 19/10075 durch. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Ich eröffne die Abstimmung. Wir haben drei Minuten Zeit. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 10:22 bis 10:25 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Während das Abstimmungsergebnis ermittelt wird, fahren wir fort mit der einfachen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern" auf der Drucksache 19/10079. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Antrag ebenfalls zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine.

Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. – Jetzt müssen wir noch auf das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung warten. –

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum AfD-Änderungsantrag auf der Drucksache 19/10075: Mit Ja haben 25 gestimmt, mit Nein haben 139 gestimmt. Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 19/11326 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wird, als erledigt. Eine Liste finden Sie in Plenum Online.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen

erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das ganze Haus zu sein. Auch die GRÜNEN? – Ja. Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist es auch so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/11326 weise ich darauf hin, dass auch die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10077 und 19/10078, 19/10080 mit 19/10088 und 19/10366 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 15: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat (Drs. 19/11326); Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion AfD (Drs. 19/10075)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes		X	
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas		X	
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus		X	
Celina Kerstin		X	
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina		X	
Feichtmeier Christiane		X	
Flierl Alexander		X	
Freller Karl			
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin	X		
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger		X	
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine		X	
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel	X		
Hanna-Krahl Andreas		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian			
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas			
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva		X	
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin			
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus		X	
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	25	139	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt **15**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Förderung von Voucher-Lösungen für den Glasfaseranschluss (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 19/10073

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kein Stellenabbau bei den Finanzgerichten (Kap. 06 13 Tit. 422 01)
   Drs. 19/10074

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Studie nach dänischem Vorbild: Evidenzbasierte Zuwanderungs- und Fiskalstudie für Bayern einschließlich MENAPT-Auswertung (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/10075

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Studie zur Christenverfolgung im Mittleren Osten und in Afrika sowie deren Auswirkungen auf Bayern (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/10076

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/10079